



„Wir drücken uns nicht vor der Verantwortung“

Susanne Hennig-Wellsow zu den Ergebnissen der dimap-Umfrage zur Landtagswahl

Wäre am Sonntag Landtagswahl, käme die rot-rot-grüne Regierungskoalition auf 41 Prozent der Stimmen, das ergab die jüngste Umfrage von infratest-dimap im Auftrag des MDR, für die im Zeitraum vom 15. bis 19. November 1.000 Personen befragt wurden.

Bei der letzten dimap-Umfrage im Sommer hatte die Regierungskoalition 43 Prozent erhalten, bei der Landtagswahl 2014 waren es noch 46,3 Prozent. Die CDU blieb nach den Angaben mit 32 Prozent auf gleichbleibendem Niveau und die LINKE als zweitstärkste Kraft müsste mit 23 Prozent zwei Prozentpunkte abgeben. Die AfD wurde mit 21 Prozent prognostiziert, zwei Punkte mehr, die SPD legte einen Punkt zu und erreichte 12 Prozent. Bei den Grünen wurde ein Rückgang von einem Prozentpunkt auf jetzt sechs Prozent angegeben. Die FDP wäre mit drei Prozent weit entfernt vom Einzug in den Landtag.

Interessant die Ergebnisse zur Frage nach der Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung. Immer noch 47 Prozent gaben an, „zufrieden“ (minus ein Prozentpunkt) zu sein, hinzu kommt ein weiteres Prozent, das „sehr zufrieden“ ist. Und es sind nur 26 Prozent, die es der CDU am ehesten zutrauen, die wichtigsten Probleme in Thüringen zu lösen.

Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Landesparteivorsitzende,

sagte: „DIE LINKE bleibt zweitstärkste politische Kraft in Thüringen und setzt sich damit auch deutlich von den Werten in den anderen Bundesländern ab. Das betrifft ebenfalls die Zufriedenheit der Menschen mit der rot-rot-grünen Landesregierung, die auch zur Halbzeit unserer Koalitionsarbeit und in Anbetracht massiver Herausforderungen überwiegt.“ Als einen „sehr mutmachenden Wert“ bezeichnete es die Politikerin, dass 31 Prozent der 18- bis 34-jährigen die LINKE wählen würden, damit wäre sie in dieser Altersgruppe Spitzenreiterin.

Mit glaubwürdiger Arbeit und überzeugenden Ergebnissen Unentschiedene und Nichtwähler zurückgewinnen

Die LINKE Landespolitikerin unterstrich mit Blick auf die Arbeit der rot-rot-grünen Regierungskoalition kurz vor der Halbzeit: „Wir befinden uns in einer intensiven Arbeitsphase und haben viele Aufgaben gleichzeitig zu lösen, um das Land zukunftsfest zu machen und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Thüringerinnen und Thüringer weiter zu verbessern“. Susanne Hennig-Wellsow verwies in diesem Zusammenhang auf die Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform, auf die Aufnahme und Integration der Menschen, die ins Land gekommen sind, oder auch auf die notwendigen Umstrukturierungen im Bildungsreich und betonte: „Wir haben diese

Herausforderungen angenommen und drücken uns nicht vor der Verantwortung. Das bedeutet auch, Gegenwind auszuhalten und ein reines ‚Weiter so‘ nicht hinzunehmen.“

Bedenklich seien allerdings die Werte für die AfD, die zu wählen sich jeder Fünfte vorstellen könnte, aber gleichzeitig trauen ihr nur fünf Prozent der Befragten zu, die Probleme im Land lösen zu können. „Es gibt keine einfachen Lösungen für komplexe Probleme“, sagte die Fraktionsvorsitzende und verurteilte entschieden populistische Parolen und rassistische Hetze, die immer wieder entlarvt werden müssten.

„Wir wollen mit glaubwürdiger Arbeit und überzeugenden Ergebnissen Unentschiedene und Nichtwähler für eine demokratische Politik zurückgewinnen und lassen uns darin nicht beirren. Umfragen sind keine Wahlen. Entscheidend ist die Landtagswahl 2019.“

Abschließend sei auch darauf hingewiesen, dass die Mehrheit der Thüringer mit der Flüchtlingspolitik im Land zufrieden ist. Auf die Frage „Wie gut haben die Landesregierung und die Verwaltung die aktuelle Flüchtlingssituation im Griff?“ antworteten 53 Prozent der Befragten mit „sehr gut“ bis „gut“. 38 Prozent meinten, dass die Behörden die Lage eher weniger beherrschten. Die Befürwortung der Flüchtlingspolitik der Regierung ist unter Anhängern der Grünen am größten (72 Prozent), gefolgt von LINKEN (70 Prozent) und SPD (68 Prozent). ■

KOMMENTIERT:

von Kati Engel

Kindern mehr Gehör

Der Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention war mir erneut Veranlassung, die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz zu fordern. Wenn Kinder nicht ausschließlich als Bestandteil von Familien gesehen werden, sondern auch als Rechtssubjekte mit Verfassungsrang, können ihre Interessen viel besser geschützt werden.

Am 20. November 1989 hatten 191 UN-Staaten die Kinderrechtskonvention unterschrieben. Sie fußt auf dem Recht auf Schutz, dem Recht auf Förderung der Entwicklung und dem Recht auf Beteiligung. Gerade Beteiligung ist Kindern enorm wichtig. Mehr als die Hälfte der Kinder in Thüringen würde gern bei Entscheidungen in ihrer Stadt bzw. Gemeinde mitreden. Aber auch mehr als die Hälfte glaubt nicht, dass ihre Meinung ernst genommen wird. Dabei fühlen sich Mädchen und Jungen, die der Auffassung sind, dass ihre Meinung ernst genommen wird, wohler als Kinder, die nicht dieser Ansicht sind. Zu diesem Ergebnis gelangt das LBS-Kinderbarometer 2016 für Thüringen.

Die Beteiligung junger Menschen braucht Ernsthaftigkeit durch gesetzlich verbriefte Rechte und verlässliche Strukturen sowie Kontinuität bei den Angeboten der Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung. Hier kann Rot-Rot-Grün bereits deutliche Ergebnisse vorweisen. Mit der Absenkung des Wahlalters in den Kommunen auf 16 Jahre wurden die politischen Mitbestimmungsrechte junger Menschen deutlich gestärkt. Durch die Erhöhung der sogenannten Jugendpauschale haben wir die finanzielle Ausstattung der Kommunen zur Schaffung von Angeboten der Jugendarbeit verbessert.

Es ist höchste Zeit, dass Mädchen und Jungen die Teilnahme und Beteiligung an demokratischen Prozessen ermöglicht wird. Mit der „Landesstrategie Mitbestimmung“ wollen wir die direkten Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen verbessern und sie ermutigen, ihre Ideen und Erfahrungen aktiv einzubringen. Denn das ist es, was eine demokratische Gesellschaft braucht und ausmacht. Die Rechte der Kinder müssen aber auch auf Bundesebene gestärkt werden. Nach 27 Jahren UN-Kinderrechtskonvention ist es höchste Zeit, Kinder ernst zu nehmen und die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. ■

AKTUELL

Wahl der Mitglieder der Bundesversammlung

Die Abgeordneten der LINKEN haben beschlossen, dem Landtag folgende Kandidaten für die Bundesversammlung vorzuschlagen, die im Februar kommenden Jahres über die Nachfolge von Bundespräsident Joachim Gauck entscheidet:

Bodo Ramelow, Thüringer Ministerpräsident, Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Partei DIE LINKE Thüringen und Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag, Semiya Şimşek Demirtas, Sandro Witt, Luc Jochimsen, Landolf Scherzer.

Sabine Berninger, MdL, DIE LINKE, soll erste Stellvertreterin sein, und Jens Petermann ist für die zweite Stellvertretung vorgesehen. Damit umfasst der Wahlvorschlag neben

Politikerinnen und Politikern aus der Linkspartei exponierte Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen: Sandro Witt ist stellvertretender Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen. Gewerkschafter wie er repräsentieren in der Auseinandersetzung um soziale Gerechtigkeit und gerechte Verteilung von Vermögen einen starken Teil der Arbeitnehmerschaft.

Landolf Scherzer gehört zu den bekanntesten Autoren aus Thüringen, der in seinen Reportagen u.a. Brüche und Entwicklungen im Land beschreibt.

Semiya Şimşek Demirtas, Tochter des ersten Opfers des Nationalsozialistischen Untergrunds, steht für die Aufklärung der Verbrechen und für die Mahnung, Konsequenzen aus den NSU-Verbrechen zu ziehen. Sie ist Ne-

benklägerin im NSU-Prozess und hat mit ihrer Rede auf der zentralen Gedenkfeier in Berlin im Februar 2012 für die NSU-Opfer-Familien gesprochen.

Luc Jochimsen ist renommierte Journalistin, war langjährige Chefredakteurin beim Hessischen Rundfunk, ehemalige Bundestagsabgeordnete der Linkspartei und Kandidatin der LINKEN für das Amt des Bundespräsidenten 2010.

„Wir möchten Menschen in der Bundesversammlung eine Stimme geben, die nachhaltige Wirkung in die Gesellschaft haben, zum Teil hohe persönliche Verluste erfahren haben und sich bei drängenden Themen mit hohem persönlichen Einsatz engagieren“, fasste Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, zusammen. ■